

liche Grundlage im SGB V geschaffen, Tariflöhne in Krankenhäusern zu refinanzieren.

Zu behaupten, die Politik stelle das Geld für Tariflöhne nicht zur Verfügung, stimmt heute nicht mehr. Als ich damals in Berlin Staatssekretär war, habe ich selbst dafür im SGB XI gesorgt.

Mit Blick auf die Aufwertung der Krankenpflege ist vor einigen Monaten durch den Deutschen Bundestag auch für das SGB V so entschieden worden: Pflegebedingte Kosten außerhalb der Krankenhausbudgets werden zur Verfügung gestellt. Das sind Leistungen, mit denen der Staat seine Anerkennung für diese wichtige Arbeit zum Ausdruck bringt.

Der große Dank gilt unseren Pflegekräften vor allen Dingen für die Zeit, als das Virus erstmals auftrat, als wir es noch nicht kannten und niemand so richtig wusste, wie man damit umgehen muss. Jeder wusste, dass unsere alten und pflegebedürftigen Menschen durch das Virus besonders verletzlich sind. Das zeigen auch die Todesfälle, denn ein hoher Prozentsatz davon war über 70 Jahre alt.

Mich ärgert immer noch, dass wir am Anfang unseren Pflegekräften nicht einmal vernünftige Schutzkleidung zur Verfügung stellen konnten. Doch die Pflegekräfte sind nicht weggelaufen, haben die alten Leute nicht im Stich gelassen und haben das Beste aus der Situation gemacht. Ich finde, das ist eine ganz tolle Leistung. Dafür sagen wir allen danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Jetzt kann man fragen: Warum bekommen die Pflegekräfte in der Altenpflege den Pflegebonus und nicht diejenigen in der Krankenpflege? – Jeden Tag bekommen wir alle die Mails.

Ich verstehe nicht, warum mich die SPD deswegen angreift, denn diese Regel trägt im Bundeskabinett zwei Unterschriften: die von Jens Spahn und die von Hubertus Heil.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich will das nur noch einmal sagen.

Aber ich finde richtig, dass man mit der Altenpflege angefangen hat. Man kann nicht alles miteinander vergleichen, denn wir haben im Krankenhaus dadurch, dass wir in der Coronakrise planbare medizinische Eingriffe verschoben haben, eine Menge Stress aus dem Krankenhaussystem herausgenommen, was wir in den Altenheimen nicht tun konnten.

Die Mitarbeiter in der Behindertenhilfe in Nordrhein-Westfalen sind in der Regel alle in tariflichen Strukturen beschäftigt oder bei den Landschaftsverbänden angestellt. Dort gibt es ein anderes Lohnniveau als teilweise in der Pflege.

Deswegen ist es meiner Meinung nach schon vertretbar, uns zuerst auf die Altenpflege zu konzentrieren.

Ich gönne den Leuten das Geld von ganzem Herzen. 1.500 Euro in der Hand zu haben, ist auch schon etwas.

Doch ich finde, wir sollten jetzt nicht populistisch für jede Gruppe fordern, dass sie es auch haben müssten. Aus der Opposition heraus kann man das leicht fordern, aber es muss auch finanziert werden.

Deswegen stehe ich dazu, es jetzt so agieren. Vielleicht können wir es nicht für jede Berufsgruppe machen, auch wenn man es ihnen aus menschlichen Gründen von Herzen gönnen würde. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Laumann. – Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Kollege ...

(Nic Peter Vogel [AfD]: Nein!)

– Ach nein, Sie saßen so versteckt. Also: Ich habe festgestellt, dass Sie dagegen sind.

Wer enthält sich? – Habe ich etwas übersehen? – Wer stimmt für diesen Antrag? – SPD und Grüne. Entschuldigung, das habe ich eben nicht gesehen; man muss da genau sein. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Enthaltungen gibt es keine. Die Mehrheit hat den **Antrag Drucksache 17/9346 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

11 Stärkungspakt Individualverkehr – Motorisierten Individualverkehr schützen und bedarfsgerecht fördern

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9377

Es spricht für die AfD-Fraktion Herr Vogel.

Nic Peter Vogel^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind verwirrende Zeiten. Zuerst hieß es, Corona sei eine harmlose Grippe, dann war es der globale Kilovirus.

Es hieß, die Masken würden überhaupt nicht helfen und seien sogar gesundheitsgefährdend, dann hatten wir die Maskenpflicht.

Es hieß, Aerosole könnten es über die Luft verbreiten oder man könne es über die Augen bekommen, Kinder seien eine Risikogruppe oder Kinder steckten sich nicht so häufig an.

Man fragt sich, ob es wirklich eine Überraschung ist, dass die Leute total verunsichert sind und den Pkw als in diesen Zeiten sicherstes Verkehrsmittel wiederentdeckt haben.

Man sollte einen weiteren Aspekt beleuchten: Durch die Coronakrise und den Shutdown läuft eigentlich der größte Feldversuch in der Geschichte des Automobils. Während dieses Shutdowns ist nämlich das innerstädtische Verkehrsaufkommen um 50 %, 70 % und noch weiter gesunken. Trotzdem waren die Messwerte an den Stationen nahezu konstant.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist doch Quatsch!)

Es gab allerdings auch ein paar Ausscherer nach oben, obwohl kaum Autos gefahren sind und wir auf einmal ein Vielfaches der Messwerte hatten. Svenja Schulze erzählte uns, das habe etwas mit den Saharawinden zu tun. Das sorgte für Irritationen. Herzlichen Glückwunsch: Das höre ich seit zwei Jahren.

Es gibt noch viele weitere Aspekte, bei denen es Irritationen gibt, wenn beispielsweise die Luftzirkulation nicht gewährleistet ist wie an der Corneliusstraße und an vielen anderen Orten, wenn eine Müllverbrennungsanlage in der Nähe ist oder wie in Köln ein solches Messgerät zwischen einer vierspurigen Straße und dem Rhein mit den Dieselschiffen steht. Überall gibt es Irritationen.

Dabei ist hochinteressant, dass die lächerlich kleinen Werte, die uns die EU vorgegeben hat, wie die Zehn Gebote in Stein gemeißelt sind. Wenn die Werte ein paar Mal überschritten werden, wird so mancher Bürgermeister auf einmal kreativ.

Dann gibt es Umweltzonen und Umweltspuren. Wo der Verkehr in den Hauptverkehrszeiten ehemals noch einigermaßen flüssig lief, haben wir jetzt Stop-and-go, eine halbe Stunde Stau. Gute Luft geht anders, Herr Geisel.

Es gibt noch sehr viele andere Aspekte, die man beleuchten könnte. Man sollte doch all diese Sachen mal auf den Prüfstand stellen. Schildbürgerstreiche wie Pfortnerampeln gehören wirklich abgeschafft; die Luft wird dadurch nicht besser.

Ich beleuchte noch einen anderen Punkt: die sogenannten Parken-und-Reisen-, neudeutsch: Park-and-ride-Anlagen. Ich bin ein Düsseldorfer Jung und komme mit dem Fahrrad oder der Bummelbahn zur Arbeit.

Hätte ich in Düsseldorf einen anderen Job und würde 100 km auswärts mit bescheidenster ÖPNV-Anbindung wohnen, dann würde ich mich in den Wagen setzen, bis zur Peripherie zu einer dieser P+R-Anlagen fahren, könnte dort bequem meinen Wagen

parken, hätte keinen Stress und keine Parkplatzsuche und könnte die letzte Meile mit der Bahn zurücklegen. Utopia!

Ein paar Zahlen: Hier in der Landeshauptstadt haben wir 313.000 Einpendler, also Leute, die hierhin zur Arbeit kommen. Denen stehen aber nur 3.210 kostenfreie Parkplätze gegenüber. Das heißt: Wenn nur jeder Hundertste auf die Idee kommt, eine dieser Anlagen zu nutzen, war es das; dann sind die alle schon belegt. Das werden die Leute nach dem dritten Versuch nicht mehr wagen. In Köln gibt es 345.000 Einpendler und immerhin 5.739 Parkplätze, und in Bonn 140.000 Einpendler und 2.600 Parkplätze.

Das bedeutet im Endeffekt doch, dass sich da ein ganz klarer Unterschied zwischen unserer und linksgrüner Verbotspolitik zeigt: Wir würden nämlich erst einmal die Infrastruktur schaffen und die Leute durch Qualität und Praktikabilität dazu animieren, es freiwillig auszuprobieren – wenn es funktioniert.

Die Grünen arbeiten mit den ganzen Verboten immer mehr daran, die Innenstädte autofrei zu bekommen. Dann stehen Sie aber auf einmal vor dem Dilemma, dass Sie noch nicht einmal einen Bruchteil der Nachfrage befriedigen können.

Ich frage mich manchmal, ob dieser Verkehrsfarkt gewollt ist; er ist doch programmiert. Es wird weder Gewinner noch irgendeinen Nutzen geben. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Vogel. – Es spricht Herr Blöming für die CDU-Fraktion.

Jörg Blöming (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Lesen dieses Antrags erlebte ich ein Déjà-vu. Ich hatte das Gefühl, diese fadenscheinige Argumentation schon einmal gehört zu haben. Tatsächlich: Erst vor einem halben Jahr hat die AfD zum gleichen Thema einen ähnlichen Antrag gestellt.

(Nic Peter Vogel [AfD]: In einem halben Jahr machen wir das wieder!)

Man könnte meinen, dass so langsam die Ideen ausgehen: Neben reichlich Polemik bietet dieser Antrag nämlich nichts wirklich Konstruktives.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Der YouTube-Stream muss doch bedient werden!)

Natürlich ist und bleibt der Individualverkehr ein wesentlicher Bestandteil des Verkehrslebens. Er besteht aber nicht nur aus Pkw, die durch fossile Brennstoffe betrieben werden. Alternativ betriebene Fahrzeuge – zum Beispiel elektrisch oder durch Wasserstoff – gehören genauso dazu. Außerdem sind die Zweiräder ebenso wie Sharing-Angebote zu nennen.

Die Nordrhein-Westfalen-Koalition stellt den Menschen frei, wie sie ihren Mobilitätsbedürfnissen nachkommen. Das war vor Corona so, und es wird auch weiterhin so bleiben.

Die in der Coronakrise besonders stark beanspruchten Berufszweige erhalten dabei unsere größtmögliche Unterstützung. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Akutkliniken hat das Verkehrsministerium beispielsweise das Sonderprogramm „Klinikpersonal bleibt mobil“ aufgelegt. Hierbei werden dem medizinischen Personal kostenlos Mietfahrzeuge für die Fahrt zur Arbeit gestellt. Die Idee war so gut, dass der Bund sie direkt übernommen hat.

Das Land hat den öffentlichen Personennahverkehr in Absprache mit den Verkehrsverbänden und unter Einhaltung der Hygienebestimmungen zeitnah wieder hochgefahren.

Die Menschen haben sich zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem PKW, dem Bus, der Bahn – oder wie auch immer sie es wollten – fortbewegt. Ein Verbot eines Verkehrsmittels hat es nicht gegeben.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Aber ganz starke Einschränkungen!)

Ich verweise hierzu noch einmal auf alle unsere Anträge der letzten drei Jahre: Die Verkehrspolitik der Nordrhein-Westfalen-Koalition steht unter der Prämisse der Ideologiefreiheit, der Nutzerorientierung und der Technologieoffenheit.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Keinem Bürger soll vorgeschrieben werden, wie, wann und vor allem womit er seinen Weg zurücklegt.

Über die individuellen Mobilitätspräferenzen entscheidet allein der jeweilige Nutzer. Eine staatlich vorgegebene Bewertungshierarchie lehnen wir strikt ab. Unterschiedliche Verkehrsträger sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden; vielmehr sollen sie ihre Stärken kombinieren.

Wir setzen auf Nutzungsanreize und einen konsequenten Einsatz intelligenter Verkehrsleitsysteme. Die verschiedenen Verkehrsträger müssen zukünftig so vernetzt werden, dass jede Nutzerin und jeder Nutzer zwischen vielen Alternativen wählen kann. Das schließt eine einseitige Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Verkehrsträger aus.

Während sich der vorliegende Antrag einseitig auf den Individualverkehr fokussiert, verfolgen wir von der Nordrhein-Westfalen-Koalition eine bedarfsgerechte Verkehrspolitik mit Maß und Mitte.

Anreize statt Verbote – das ist unsere Strategie. Das macht eine moderne und auch lebensnahe Mobilität aus. Außerdem ist das gut für unser Klima.

Diesbezüglich möchte ich auf einen Punkt besonders eingehen: Trotz des coronabedingt geringeren Verkehrs wurden an bestimmten Messstationen erhöhte

Stickoxidbelastungen gemessen. Daher müssen wir in Zukunft noch viel intensiver an sinnvollen Gesamtlösungen arbeiten.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Fahrverbote können also nicht die alleinige Lösung sein.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Na, also!)

Insgesamt gingen aber die Stickoxidwerte in Nordrhein-Westfalen zurück; das zeigen die Messwerte des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz. Die Stickoxidbelastung in vielen Städten NRWs verringerte sich im Zeitraum vom 16. März bis 14. April 2020 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 20 %.

Losgelöst von möglichen Coroneffekten müssen die Maßnahmen zur Luftreinhaltung daher weiter ambitioniert fortgesetzt werden. Das hat auch unsere Umweltministerin Ursula Heinen-Esser bekräftigt.

Ich komme zu den im Antrag aufgeführten Forderungen:

Erstens. Der Verkehrsfluss in den Kommunen wird größtenteils nicht durch Landesmaßnahmen geregelt. Das Arbeitsprogramm zum Masterplan zur Umsetzung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen orientiert sich an ganz klaren Kriterien.

Es wurde als neues Planungs- und Steuerungsinstrument von der Nordrhein-Westfalen-Koalition eingeführt und wird jährlich aktualisiert. Projekte können nur neu aufgenommen werden, wenn die vorherigen abgearbeitet sind.

Die Untertunnelung der B1 in Dortmund hat der Bund im Bundesverkehrswegeplan bis 2030 nicht priorisiert. Vorrang hat daher wie vom Bund vorgegeben die Beseitigung von Engstellen im Autobahnnetz.

Zweitens. Die Kompetenzen zum Thema Feinstaub und Umweltplaketten liegen beim Umweltbundesamt.

Drittens. Für die Ermittlung des Park-and-ride-Bedarfs einer Kommune sind in erster Linie die Verkehrsverbände zuständig. Hier gibt es bereits konkrete Projekte, zum Beispiel des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr zur Schaffung einer entsprechenden Datengrundlage.

Damit Pendler direkt erkennen können, ob noch freie Stellplätze für ihr Auto verfügbar sind, sollen die Park-and-ride-Anlagen mit technischen Systemen ausgerüstet werden.

Kommunen, die Fördermittel nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr erhalten, müssen diese Messsysteme auf der gesamten Anlage installieren.

Außerdem können Kommunen auch bestehende Park-and-ride-Anlagen mit diesem System ausstatten und hierfür entsprechende Fördermittel beantragen.

Viertens. Zum Thema „Bessere Abstimmung zwischen motorisiertem Individualverkehr und Radverkehr“ verweise ich auf den Bericht in unserer letzten Verkehrsausschusssitzung.

Zuständig für die Radwegebenutzung in Nordrhein-Westfalen sind die örtlichen Straßenverkehrsbehörden. Diese treffen ihre Entscheidung stets in enger Abstimmung mit dem Straßenbausträger, der Polizei und unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen und verkehrlichen Gegebenheiten.

(Zuruf von der AfD)

Das bedeutet, dass in Nordrhein-Westfalen allein die örtlich zuständigen Straßenverkehrsbehörden über die Anordnung sowie die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht entscheiden.

Das Ministerium für Verkehr ist hingegen nicht ermächtigt, straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen wie zum Beispiel die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht im Einzelfall anzuordnen.

Es bleibt abschließend Folgendes festzustellen: Sie holen hier erneut einen alten Antrag aus der AfD-Mottenkiste. Mögliche Ansätze verlieren sich in der einseitigen Fokussierung auf den motorisierten Individualverkehr.

(Zuruf von der AfD)

Die bewusste Vermischung und Vereinfachung von Kompetenzen zwischen Bund, Land und Kommunen unterstreicht den populistischen Grundton, der sich zwischen den Zeilen des Antrags deutlich erkennen lässt.

(Zuruf von der AfD)

Die Nordrhein-Westfalen-Koalition hingegen unterstützt den ganzheitlichen Ansatz der Landesregierung und spielt die verschiedenen Verkehrsträger nicht gegeneinander aus. Eine gewinnbringende Verkehrspolitik ist technologieoffen, nutzerorientiert und ideologiefrei.

(Zuruf von der AfD)

Diese Prämisse – das sage ich ganz deutlich – verfolgen wir als Nordrhein-Westfalen-Koalition. Davon ist in dem Antrag nichts zu finden;

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

er weist keine neuen konstruktiven Vorschläge auf. – Der Überweisung stimmen wir natürlich zu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Blöming. – Jetzt spricht Herr Löcker für die SPD-Fraktion.

Carsten Löcker* (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Umfang Ihres Antrags, Kolleginnen und Kollegen von der AfD – zehn Seiten – würde nach den Gepflogenheiten parlamentarischer Demokratie im Prinzip eine ausführliche Beschäftigung mit ausreichender Redezeit bedingen.

Für gewöhnlich macht es Sinn, Anträge mit einem erheblichen Umfang ordentlich zu diskutieren. Wenn Sie vorhatten, dieses Thema künstlich aufzupusten, um sich so mehr Redezeit im Plenum zu ergaunern, ist Ihnen das gelungen; das sage ich Ihnen ausdrücklich.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Ich bin schon ein Gauner! – Weiterer Zuruf von der AfD)

Wir haben aber heute nicht vor,

(Weitere Zurufe von der AfD)

diesen Antrag hier zu goutieren; da können Sie sicher sein. Ich werde jetzt darauf zu sprechen kommen.

Ihr Versuch, verkehrspolitisch eine ...

(Zurufe von der AfD)

– Vielleicht hören Sie mir einmal zu; ich habe Ihnen auch zugehört.

Ihr Versuch, verkehrspolitisch eine Zeit vor Corona heraufzubeschwören, muss nämlich ganz sicher scheitern. Unsere Lust auf solche rückwärtsgewandten Debatten ist ziemlich gering; das will ich Ihnen ausdrücklich sagen.

Man muss auch Zweifel haben, dass Sie tatsächlich eine sachgerechte Diskussion führen wollen. Das kann man alleine an den 41 angeführten Quellen sehen: ein Sammelsurium an tendenziösen Presseartikeln. Das können Sie gerne machen, aber da stand nicht wirklich etwas Substantielles für eine wirklich zielorientierte Debatte drin; es ist ziemlich abstrus.

(Zuruf von der AfD: Bei Ihnen sind es immer nur ein oder zwei Quellen!)

Fest steht doch, dass sich Ihr Antrag gegen die notwendige Verkehrswende richtet; das haben hier doch alle deutlich festgestellt.

(Beifall von der SPD)

Sie tun so, als ob es darum ginge, den Individualverkehr zu fördern, weil dann für den Klimaschutz genug getan wäre. Wir sagen ausdrücklich: Das ist falsch. Vor Corona waren wir schon weiter. Wenn Sie in diesem Zusammenhang Grenzwerte ad absurdum führen,

(Nic Peter Vogel [AfD]: Die sind absurd!)

Umweltfahrspuren wegdiskutieren, Umweltplaketten ändern, Tempo-30-Zonen abschaffen, mehr grüne Wellen für den Individualverkehr und entsprechende Park-and-ride-Anlagen einrichten wollen, geht es Ihnen am Ende darum, für freie Fahrt für freie Bürger zu sorgen.

(Christian Loose [AfD]: Ja, genau!)

Aus unserer Sicht ist das ziemlich abstrus, denn damit negieren Sie die Erkenntnisse aus der Vergangenheit, dass Autos auf der Straße nicht beliebig zu vermehren sind.

Sie legen hier das Pippi-Langstrumpf-Prinzip vor. Wir werden in der Sache genau hinschauen, ob Sie in Zukunft Seriosität walten lassen wollen oder nicht. Was Sie vortragen, ist ziemlich abstrus.

Ein gutes öffentliches Verkehrsangebot macht die Mobilitätswende erst möglich. So weit waren wir bereits vor Corona – nicht zuletzt deshalb, damit die Metropolregion Ruhr endlich den ÖPNV bekommt, den sie dringend braucht: pünktlich, schnell und auch digital.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das ist das Ziel für die nächsten Jahre; der Anteil der Pkw-Pendlerinnen und -Pendler ist doch nicht umsonst so hoch. Der Platz ist eben begrenzt, weshalb wir mehr Mut brauchen, um entsprechende Entwicklungen einzuleiten.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ich will mit Blick auf die heutige Presseberichterstattung ausdrücklich auf Folgendes hinweisen: Die „Kooperation Metropole Ruhr“ ist ein guter Anfang. Heute ist deutlich geworden, dass man gemeinsam mehr machen will.

ÖPNV und SPNV gehören für uns zur Daseinsvorsorge und zur Sicherung der Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in diesem Land. Die SPD achtet selbstverständlich darauf, dass das auch so bleibt; da können Sie sicher sein. Wenn Sie etwas anderes wollen – das haben Sie ja vorgetragen –, nehmen wir das zur Kenntnis.

Herr Minister Wüst, deswegen ist der angestrebte Rettungsschirm in diesem Land eben auch willkommen. Wir brauchen ihn dringend, um daraus entsprechende Perspektiven für die Zukunft für die Unternehmen abzuleiten, die es im Moment nicht einfach haben.

Wir sind sehr einverstanden damit, den Radverkehr zu stärken: jetzt erst recht. Es ist doch völlig klar, dass dafür ein Stück Straßenraum abgegeben werden muss. Ihr abstruser Antrag, das auf Nebenstraßen zu verlagern, ist ziemlich antiquiert.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Das ist sicherer und gesünder!)

Da sind wir auf jeden Fall weiter. Es geht auch darum, ein Stück zusätzliche Mobilität für den Radverkehr zu gewinnen; den können sie nicht in irgendeinen Kleingarten verlegen. Sie propagieren hier doch Unsinn.

(Zurufe von Christian Loose [AfD] und Nic Peter Vogel [AfD])

Wozu das führen soll, ist mir auf jeden Fall schleierhaft.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Werden Sie jetzt doch bitte nicht albern!)

Lassen Sie mich auf eine entsprechende Studie von heute Morgen zu sprechen kommen, nachzulesen bei „eupinions“, ganz taurisch; da können Sie sich einmal Ihren Standort suchen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD. Da steht nämlich:

Zwei Drittel aller Deutschen blicken positiv in ihre eigene Zukunft. Noch knapp die Hälfte blickt ebenfalls positiv in die Zukunft Deutschlands. 90 % der AfD-Befragten sehen Deutschlands Zukunft negativ, und zwei Drittel der AfD-Befragten sehen die eigene Zukunft negativ. – Merken Sie was? – Glück auf!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Löcker. – Jetzt spricht Herr Middeldorf für die FDP-Fraktion.

Bodo Middeldorf (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal versucht die AfD, ihr rückwärtsgewandtes Politikverständnis im Windschatten der aktuellen Coronakrise hoffähig zu machen. Ich kann nur sagen, Herr Vogel: Das macht ein altes Thema und einen aufgewärmten Antrag nicht besser.

Was Sie in Ihrem Antrag mit „Stärkungspakt“ überschreiben, ist in Wahrheit nichts anderes als eine einseitige, ideologiegetriebene Haltung, die mit unserem Verständnis von einer modernen und intelligenten Verkehrspolitik auf jeden Fall nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

(Beifall von der FDP und Arndt Klocke [GRÜNE])

Mit einem bunt zusammengewürfelten Maßnahmenmix verfolgt die AfD ein altbekanntes Motto: Sie greifen alles auf, was Bürger vielleicht an der einen oder anderen Stelle als lästig empfinden könnten.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Dabei setzen Sie bemerkenswerterweise auf ein einziges Verkehrsmittel als den Heilsbringer, nämlich das eigene Auto, Herr Vogel.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Zweifellos wird das eigene Auto auch in Zukunft ein wichtiger Baustein unserer Mobilität sein; das ist gar keine Frage. Aber zu glauben, eine einseitige Fokussierung, geradezu eine Verengung auf diese Form der Fortbewegung würde die Herausforderungen unseres Verkehrs auf Dauer lösen, ist völlig weltfremd.

Das ist im Übrigen genauso falsch, wie den Menschen faktisch vorschreiben zu wollen, dass sie sich nur mit dem Fahrrad oder mit dem Bus fortbewegen dürfen.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Herzlichen Glückwunsch!)

Wir setzen dagegen auf einen ganzheitlichen Ansatz: Wir wollen den Menschen ein Angebot machen. Sie sollen für das Zurücklegen ihrer Wege unterschiedliche Verkehrsträger nutzen können. Dazu gehört ein attraktiver ÖPNV genauso wie Fortbewegungsmittel für die letzte Meile.

Fortschrittliche On-Demand-Lösungen, Sharing-Angebote, digitale Plattformen und bessere physische Verknüpfungsmöglichkeiten sind die Stichworte einer modernen und vor allen Dingen auch umfassenden Verkehrspolitik.

Jedem Einzelnen wollen wir die Chance eröffnen, sich auf dieser Basis seine Wegeketten nach seinen eigenen persönlichen Präferenzen und bedarfsbezogen zusammenzustellen.

Damit wird übrigens auch klar: Individualverkehr ist aus unserer Sicht bei Weitem nicht nur Autoverkehr; diese Kategorisierung haben wir eigentlich längst überwunden. Das Gegeneinanderstellen unterschiedlicher Verkehrsmittel ist eine Politik von vorgestern und gehört in die Mottenkiste des verkehrspolitischen Klassenkampfes – egal von welcher Seite.

(Beifall von der FDP und Arndt Klocke [GRÜNE])

Mit einem Stärkungspakt haben die Vorschläge der AfD übrigens rein gar nichts zu tun. Wenn es Ihnen wirklich um die Stärkung der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer in unserem Lande ginge, würden Sie die technologische Entwicklung nicht verteufeln, sondern befördern.

Genau das ist nämlich der Ansatz unserer Landesregierung.

(Christian Loose [AfD]: Sie meinen subventionieren! Das sind ja sozialistische Konzepte!)

Unsere Landesregierung greift den Trend zu neuen Antriebsarten auf. Wir fördern alternative Antriebe,

(Christian Loose [AfD]: Technik aus dem 19. Jahrhundert!)

und zwar ideologiefrei und technologieoffen. Wir unterstützen die Entwicklung und Anwendung von digitalen Assistenten in unserer Infrastruktur und in unseren Fahrzeugen.

Unsere Unternehmen und unsere Landesregierung haben die Herausforderungen des weltweiten Strukturwandels im Verkehrssektor – wir haben uns im Ausschuss schon oft darüber unterhalten, Herr Loose – längst angenommen, und zwar mit einem positiven Blick auf die Chancen des Wandels. Denn nur wenn Arbeitsplätze zukunfts- und wettbewerbsfähig sind,

(Christian Loose [AfD]: Das sind Ladenhüter, Ihre Elektroautos! Da müssen Sie noch 6.000 Euro drauflegen!)

werden sie am Ende im weltweiten Wettbewerb auch sicher sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Das Thema „NOx“ in den Mittelpunkt Ihres Antrags zu stellen, geht vor diesem Hintergrund ebenfalls komplett am Thema vorbei. Richtig ist, dass möglicherweise fehlerhafte Messergebnisse zu hinterfragen sind. Aber, Herr Vogel, dies jetzt zum Anlass zu nehmen, um erneut eine Grenzwertdebatte zu führen – und damit fangen Sie in Ihrem Antrag an –, ist völlig unsinnig.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Das sollte man nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen immer machen! – Christian Loose [AfD]: Wissenschaft entwickelt sich!)

Ist es ernsthaft – das frage ich jetzt mal die Kolleginnen und Kollegen der AfD – Ihre Vorstellung von einer Umwelt- und Verkehrspolitik, einen Grenzwert anzugreifen, der seit über zehn Jahren in der Welt ist,

(Christian Loose [AfD]: Und nie wissenschaftlich überprüft wurde!)

und das, nachdem wir an fast allen Standorten in Nordrhein-Westfalen eine deutliche Reduzierung auch ohne Fahrverbote erreichen konnten, meine Damen und Herren?

(Beifall von der FDP und Arndt Klocke [GRÜNE])

Hierauf eine verkehrspolitische Gesamtstrategie aufzubauen und das dann auch noch mit „Stärkungspakt“ zu überschreiben, zeigt einmal mehr die gesamte Kurzsichtigkeit Ihrer Politik.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Absolut!)

Man könnte jetzt noch auf viele andere Punkte eingehen, etwa auf die populistische Pauschalkritik gegenüber den Pfortnerampeln, die an Autobahnauffahrten übrigens das genaue Gegenteil von dem erreichen, was die AfD ihnen unterstellt. Sie verhindern nämlich Staus und sorgen für einen besseren Verkehrsfluss.

Sie kritisieren auch allen Ernstes – das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen – den bürokratischen Aufwand bei der Ausstellung der Feinstaubplakette, der bei vorsichtiger Schätzung vermutlich drei bis fünf Minuten in Anspruch nimmt, und das einmal in einem Autoleben, meine Damen und Herren.

Wir werden im Ausschuss noch genügend Gelegenheit haben, das im Einzelnen durchzugehen.

Der Überweisung stimmen wir zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Middeldorf. – Jetzt spricht Herr Klocke für Bündnis 90/Die Grünen.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Vogel, wir beide sind jetzt drei Jahre im Ausschuss für Verkehr. In den letzten Wochen hatte ich einen Moment lang wirklich Hochachtung und Respekt vor Ihnen, als Sie nämlich den Austritt aus Ihrer Fraktion bekanntgegeben haben. Da habe ich gedacht: Mensch, jetzt hat er doch noch dazugelernt. – Aber leider sind Sie zurück zu Ihrer Sekte,

(Markus Wagner [AfD]: Sekte?)

und mit Ihrem Antrag haben Sie heute bewiesen, dass Sie gut in die AfD reinpassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin absoluter Demokrat und lasse alle Positionen stehen. Aber wenn ich momentan im Fernsehen die Demonstrationen zu Corona verfolge und Menschen sehe, die einem erklären, das werde alles von Bill Gates inszeniert, um in Deutschland Impfstoffe zu verkaufen,

(Nic Peter Vogel [AfD]: Reden Sie doch mal zu unserem Antrag!)

und dann auch noch im Hintergrund Leute mit einer AfD-Fahne durchs Bild gehen, dann denke ich: Okay, so ist die Welt. Wir leben in einer so demokratischen und pluralistischen Gesellschaft, dass man wirklich alles äußern kann,

(Christian Loose [AfD]: Wann sprechen Sie zum Antrag?)

und deswegen dürfen Sie auch solche Anträge hier im nordrhein-westfälischen Landtag vorlegen. Das gehört zu unserer pluralistischen Demokratie, über die Sie sagen, diese werde falsch gelenkt und wir hätten eigentlich gar keine Demokratie. Das gehört dazu: Sie dürfen solche Anträge, wie Sie sie heute gestellt haben, stellen.

(Helmut Seifen [AfD]: Antrag!)

Allerdings teilt niemand außer Ihnen in diesem Haus Ihre inhaltliche Auffassung.

(Beifall von den GRÜNEN – Nic Peter Vogel [AfD]: Und jetzt zum Inhalt!)

– Ja, ich komme gerne zu den Inhalten.

Es ist ja absoluter Fakt – aber das werden Sie wahrscheinlich auch als ideologisch gelenkt bezeichnen –, dass wir seit 1990, seit den ersten Klimareports in allen Bereichen der Gesellschaft, also in der Energiewirtschaft, bei Haushalten, in der industriellen Stromerzeugung etc., Absenkungen bei den klimaschädlichen Gasen erreicht haben. In einem Bereich verzeichnen wir seitdem aber nur Zuwächse, und das ist der Verkehrssektor. Wo steht in Ihrem Antrag an irgendeiner Stelle, wie Sie das ändern wollen?

Sie wollen den Automobilverkehr ausbauen. Das ist natürlich eine historische Erkenntnis, dass wir damit zum Klimaschutz beitragen. Das ist ja höchst bemerkenswert. Gut, wenn man denkt, Bill Gates sei für die Coronakrise verantwortlich, dann kann man auch das unterstützen. Das kann man dann so stehen lassen.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Können Sie jetzt bitte mal mit den Albernheiten aufhören?)

– Das sind keine Albernheiten. Das ist Ihr Antrag. Sie sollten ihn mal lesen. Sie haben ihn ja hier vorgestellt.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Bill Gates! Bill Gates! Bill Gates! Die Erde ist eine Scheibe! Herr Klocke, hören Sie doch mal auf damit!)

– Nein, nein, Bill Gates steht da nicht drin.

(Gordan Dudas [SPD]: Die Erde ist eine Scheibe? Das behaupten Sie jetzt auch noch? – Gegenruf von Nic Peter Vogel [AfD]: Das scheint ja hier drinzustehen, kurz nach den Echsenmenschen wahrscheinlich! Ganz genau!)

– Sie waren eben dran. Jetzt habe ich das Rede-recht. Sie können sich ja gerne zu einer Kurzinter-vention melden. Wie auch immer.

(Christian Loose [AfD]: Ja, aber Sie müssen zum Antrag sprechen!)

Mein zweiter Punkt ist das Thema „Verkehrstote/Verkehrsopter“. Das ist ja ein wichtiges Thema. Aber wo findet man das bei Ihnen in Ihrem Antrag? Mit all Ihren Vorschlägen würden Sie dazu beitragen, dass wir wieder mehr Verkehrstote und Verkehrsopter beklagen müssten.

Sie berufen sich auf den ADAC. Selbst der ADAC – lesen Sie sich mal die Pressemitteilungen zu den Verkehrsopterzahlen 2019 durch – plädiert für eine fahrradfreundliche Reform der Straßenverkehrsordnung in Deutschland. Das ist also das Gegenteil dessen, was Sie uns hier heute vorgelegt haben.

(Zurufe von der AfD)

Sie wollen den Individualverkehr ausbauen. Sie wollen Tempo-30-Zonen abschaffen. Sie wollen auf allen Straßen eine grüne Welle. Das kann man fordern, aber das teilt wirklich niemand in dieser Gesellschaft. Es gibt keinen renommierten Verkehrswissenschaftler, es gibt keinen Verband, es gibt außer der AfD auch keine Partei in Deutschland – jedenfalls keine demokratische Partei, die in Parlamenten vertreten ist –, die Ihre Positionen vertritt. Wir können das im Ausschuss gerne noch einmal diskutieren.

(Zurufe von der AfD)

Herr Vogel, ich bin wirklich jemand, der sich immer mit der FDP gerieben hat, gelegentlich auch mit der SPD. Aber Sie haben es mit Ihrem Antrag geschafft, dass ich an mindestens fünf Stellen in der Rede von Herrn Middeldorf geklatscht habe; denn er hat eine inhaltlich gute Rede gehalten.

(Christian Loose [AfD]: Da wächst zusammen, was zusammen gehört!)

– Ja, ja, ja, so ist das.

Es gibt allerdings einen Punkt, Herr Middeldorf, den ich nicht teile. Sie haben gesagt, dass Sie klimafreundliche und emissionsfreie Mobilität in Nordrhein-Westfalen breit fördern würden.

Wir Grüne hätten uns gewünscht, dass sich Ihr Wirtschaftsminister und die Landesregierung in der Frage der Streetscooter und der E-Mobilität stärker bei dem Projekt von Herrn Professor Schuh engagieren und Sie diese Firma unterstützen würden, damit sie nicht in Konkurs geht.

(Lachen von Christian Loose [AfD])

Ich hätte mir das wirklich gewünscht, weil es sich um ein gutes Unternehmen handelt, das aus einer studentischen Initiative entstanden ist und in Deutschland groß Furore gemacht hat.

(Christian Loose [AfD]: Das ist also ein Qualitätsmarker?)

DHL hat die Fahrzeuge dann übernommen.

Wir hätten uns gewünscht, dass sich die Landesregierung hier stärker engagiert, um diese Firma zu unterstützen. Das nur als Anmerkung zu Ihrer Rede. Ansonsten finde ich, dass auch viel Richtiges dabei war.

Herr Vogel, ich weiß nicht, mit wem Sie sprechen, und ich möchte es auch eigentlich gar nicht wissen. Ich hatte vor einigen Wochen das Vergnügen, mit Herrn Herrmann, dem Leiter von Ford in Deutschland, zu sprechen. Wenn Sie mit ihm sprechen würden, würde er Ihnen das Gegenteil von dem sagen, was in Ihrem Antrag steht. Er sieht die Zukunft des Verkehrs in Deutschland nämlich in einem modernen Mobilitätsmix, in einem Ausbau von Wasserstoff und

Elektromobilität sowie bei neuen Modellen und bei einer entsprechenden staatlichen Förderung.

(Christian Loose [AfD]: Subventionen wollen Sie haben! – Lachen von Christian Loose [AfD])

Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie hier schreiben. Und es handelt sich nicht um einen Grünen, sondern um einen deutschen Konzernchef eines wichtigen Automobilunternehmens. Sonst berufen Sie sich angeblich immer auf solche Quellen.

(Zuruf von der AfD)

Ihr Antrag beinhaltet von vorne bis hinten verqueren ideologischen Kram. Das ist so rückwärtsgewandt, dass nur noch eines fehlte. Ich hätte mich nicht gewundert, wenn Sie in Ihrer Rede auch noch die Reichsautobahnen und deren Ausbau gefordert hätten. Aber das haben Sie uns zum Glück erspart.

(Zurufe von der AfD)

Auch die Angaben zu den Schadstoffmesswerten sind völlig falsch. Es hat in den letzten Wochen in der Zeit von Corona an allen signifikanten Standorten Rückgänge bei den Schadstoffen gegeben. Das ist überall messbar. Wenn Sie allerdings die Messstationen und die Grenzwerte an sich infrage stellen – das hat der Kollege Middeldorf eben angesprochen –, und wenn Sie infrage stellen, dass die Erde eine Kugel ist, dann können Sie natürlich auch diese Absenkung bei den Schadstoffen infrage stellen. Das gestehe ich Ihnen durchaus zu.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ich möchte am Ende meiner Rede noch auf eines verweisen, was sich aber auch an alle anderen demokratischen Mitbewerber richtet. Sie haben hier die grüne Ideologie und Staatsfeindlichkeit beschworen.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Baden-Württemberg und Hessen gehören bundesweit zu den Bundesländern mit der geringsten Arbeitslosigkeit und dem höchsten Wirtschaftswachstum. In beiden Ländern gibt es grüne Verkehrsminister. Ganz so schlimm, wie Sie es darstellen, kann es somit nicht sein. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Klocke. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. Herr Wagner hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Markus Wagner (AfD): Herr Klocke, ich möchte Sie zitieren. Sie sagten: Es gibt außer der AfD keine demokratische Partei, die Ihre Position vertritt. – Ich bin begeistert von Ihrer Einsicht, dass die AfD eine

demokratische Partei ist, und stelle hiermit fest, dass Sie das eben hier gesagt haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Klocke, Sie haben nun eine Minute dreißig Sekunden Zeit für eine Erwiderung, wenn Sie möchten.

(Helmut Seifen [AfD]: Das schafft er nicht!)

Arndt Klocke (GRÜNE): Gerne, Herr Präsident. – Herr Wagner, Sie sind demokratisch gewählt. Wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat. Sie sind ein politischer Mitbewerber. Ich teile die allermeisten Ihrer Inhalte zwar nicht, aber Sie haben das Recht, hier im Parlament zu sitzen. Ansonsten halte ich Sie für eine Partei mit deutlich rechtsextremen Zügen. Von der im Grundgesetz festgeschriebenen Demokratie sind Sie in Ihren Inhalten leider zunehmend weiter entfernt. Mit jedem Monat entfernen Sie sich weiter davon.

Sie haben allerdings das Recht, im Parlament zu sein, Anträge zu stellen und Reden zu halten. Das ist alles legitim. Und ich habe genauso das Recht, Ihnen zu antworten, und das habe ich hiermit getan.

(Christian Loose [AfD]: Mit der richtigen Feststellung!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Klocke. – Ich muss Sie leider rügen. In Ihrer Rede haben Sie eine Gleichsetzung benutzt, die wir hier nicht durchgehen lassen können. Sie können die AfD nicht mit einer Sekte gleichsetzen. Das machen wir hier nicht. Insofern muss ich Ihnen diese klare Ansage machen. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis.

Ich rufe den nächsten Redner auf. Nun spricht der Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Herr Wüst, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Mobilität in Nordrhein-Westfalen muss besser, sicherer und sauberer werden. Der Weg dahin heißt Pragmatismus, nicht Einseitigkeit. Nicht einseitiges Setzen auf einen Verkehrsträger wie das Auto, das Fahrrad – obwohl ich gerne Fahrrad fahre – und auch nicht auf den ÖPNV.

Dass bestimmte Emissionen selbst in den letzten sechs, acht oder zehn Wochen mit deutlich reduziertem Verkehrsaufkommen immer noch relativ hoch sind, nennt man Hintergrundbelastung. Diese Hintergrundbelastung ist kein neues Phänomen, und sie war schon vor zwei, drei Jahren, zu Zeiten des Regierungswechsels und sogar schon davor Anlass,

genau hinzuschauen. Das haben wir nach dem Regierungswechsel auch getan.

Wir haben auf meine Veranlassung hin über die Verkehrsministerkonferenz dafür gesorgt, dass der Bund auch in Nordrhein-Westfalen Standorte überprüft hat. Wir haben kritisch hingeschaut, und das hat auch ein Ergebnis gezeitigt. Insofern können Sie nicht so tun, als hätte das alles nicht stattgefunden. Die Messstationen sind da, wo sie stehen, so in Ordnung. Das hat eine Überprüfung ergeben. Ich war da kritisch, aber wenn man eine Überprüfung durchführt, muss man auch das Ergebnis akzeptieren.

Es bleibt bei dem, was wir immer gesagt haben: Unsere Verkehrspolitik setzt nicht auf Verbote, sondern auf Pragmatismus. Wir wollen keine Dieselfahrverbote, und das hat bisher auch ganz gut geklappt – weil es eben anders funktioniert. Man kann Mobilität sauberer machen, ohne zu verbieten.

Wir sorgen zum Beispiel für einen besseren ÖPNV mit einer ÖPNV-Offensive, die wir auf den Weg gebracht haben, um Bus und Bahn besser zu machen.

Herr Kollege Löcker hat gerade das Ruhrgebiet angesprochen. Es gibt wohl keinen Ballungsraum in einem hochentwickelten Land, wo der ÖPNV noch so fragmentiert ist. Ich bin dankbar, dass Oberbürgermeister Eiskirch aus Bochum heute als Federführer gemeinsam mit anderen ein Konzept dazu vorgelegt hat, wie man das besser machen kann. Ich habe vorhin mit ihm telefoniert. Wir haben einen Austausch dazu verabredet.

Ja, man kann und man muss ÖPNV besser machen. Mit einer Milliarde Euro für die kommunale Schiene, um ein Systemupgrade umzusetzen, mit 100 Millionen Euro für Schnellbusse, mit einer ganzen Vielzahl von Reaktivierungen von Bahnstrecken, auch mit einem AzubiTicket. Wir machen eine ganze Menge mehr im Kerngeschäft ÖPNV.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Loose?

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Nein, das machen wir jetzt nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Außerdem sorgen wir dafür, dass der ÖPNV digitaler wird, dass wir eine bessere Vernetzung hinkriegen.

Wir müssen bei den Fahrradwegen besser werden. Wir stellen viel Geld zur Verfügung, so viel Geld wie nie zuvor, aber jetzt müssen die Planungen hinterherkommen. Dass hier mehr passieren muss, ist

doch völlig klar. Wir werden in den nächsten Monaten auch über eine neue gesetzliche Grundlage dafür sprechen.

Wir investieren Rekordsummen in Straße – so viel wie noch nie zuvor. Ich muss mich da vor Ihnen nun wirklich nicht rechtfertigen, aber ich habe mich vor den Menschen zu rechtfertigen, die die Folgen von viel zu vielen Jahren mit zu wenigen Investitionen auszuhalten haben. Wir rufen mehr Geld ab, als uns ursprünglich Jahr für Jahr zudedacht war, inzwischen mehr als über 100 Millionen Euro mehr seit dem Regierungswechsel.

All das tun wir für ÖPNV, für Rad, für Straße. Und es wäre doch nicht genug und doch keine richtige Politik, wenn wir uns nicht auch der größten Herausforderung, der Königsdisziplin moderner Verkehrspolitik stellen würden, nämlich der Vernetzung, der Vernetzung aller Verkehrsträger mit all ihren Stärken.

Dann sagen Sie, das wäre – ich weiß nicht genau, wie Sie es genannt haben – mehr oder weniger Utopia. Ich meine, Sie haben „Utopia“ gesagt und damit gemeint, dass man an der Grenze einer Stadt umsteigt.

(Nic Peter Vogel [AfD]: 1 zu 100 sind die Parkplätze!)

– Hören Sie doch auf, immer dazwischen zu pöbeln. Auf dem Bildschirm hier am Redepult steht Kurzintervention. Davon können Sie nachher gerne Gebrauch machen. Wenn Sie zur Sache etwas zu sagen haben, antworte ich auch gerne.

Darum geht es. Es ist nicht Utopia. Selbst wenn es aus Ihrer Sicht Utopia ist, dann arbeiten wir an dieser Utopie,

(Beifall von Nic Peter Vogel [AfD])

dann arbeiten wir daran, dass wir „seamless“ unterwegs sind, dass wir ohne Probleme von einem Verkehrsträger auf den anderen umsteigen. Ich denke, das ist den Schweiß der Edlen und Gerechten wert, und deswegen machen wir das.

Wir setzen nicht nur auf ÖPNV und Rad, wie Sie suggerieren, wir setzen aber nicht auch nur, wie andere suggerieren, nur auf Straße, sondern wir arbeiten an all diesen Baustellen.

Bei der Straße beispielsweise durch Genehmigungs-, Planungs- und Bauhochlauf, durch mehr Stellen beim Landesbetrieb Straßen.NRW, die wir auch besetzen, mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand.

Durch die Stärkung der Bezirksregierungen, die die Planfeststellungen machen, dadurch, dass wir sie flexibilisieren, sodass auch eine örtlich nicht zuständige Bezirksregierung eine Planfeststellung abwickeln kann. Durch Rekordsummen für externe Planungsleistungen und all das. Bessere Baustellen-

koordination und eine bessere Steuerung des Verkehrsflusses gehören ebenfalls dazu.

Wir werden in der nächsten Woche ein neues System in der Verkehrszentrale in Betrieb nehmen, um die dWiSta-Tafeln, die großen Schilderbrücken, die wir auf 153 ausbauen – das ist die aktuelle Zielgröße – noch besser und intelligenter und noch smarter zu steuern. Das wird den Verkehrsfluss verbessern.

All das tun wir, aber wir tun das nicht in Abgrenzung „Das eine statt dem Anderen“, sondern wir tun das in einer Verzahnung und denken das gemeinsam. Ich halte das für eine angezeigte pragmatische Verkehrspolitik im 21. Jahrhundert. Wenn Sie die Einzigen sind, die das schlimm finden, dann, glaube ich, ist die Politik so schlecht nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Nic Peter Vogel [AfD]: Hat keiner behauptet!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Nun gibt es die Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. Es ist Herr Loose, der diese Kurzintervention vorträgt. Bitte schön.

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Wüst, ich hatte eigentlich nur eine kleine Frage, aber jetzt kann ich es ja ein bisschen ausführlicher machen. Wir haben ganz klar dargestellt, dass das Park-and-ride-Verhältnis nur bei 1 zu 100 liegt. Das heißt, es ist unredlich, den Bürgern zu empfehlen, mehr Park-and-ride in Anspruch zu machen, wenn es doch gar keine Park-and-ride-Möglichkeiten gibt.

Dann sprachen Sie davon, dass Sie die Messstationen untersucht haben. Sie sprachen von einer Hintergrundbelastung, die Sie auch untersucht hätten. Um jetzt Maßnahmen beurteilen zu können, ob ein Fahrverbot, ob eine Umweltspur oder andere Dinge überhaupt irgendetwas bewirken können, müssten Sie natürlich wissen, welchen Anteil der Pkw-Verkehr an diesen Messwerten hat.

Was genau ist jetzt bei Ihren Untersuchungen herausgekommen? Wie hoch ist der Anteil der Hausheizungen? Wie hoch ist der Anteil der Industrieheizungen? Wie hoch ist der Anteil der Müllverbrennungsanlagen?

(Zurufe von Carsten Löcker [SPD] und der CDU)

Wie hoch ist der Anteil der Luftzirkulation? Wo ist denn das Problem dabei?

Was genau hat welche Emissionsquelle denn für einen Anteil? Es wäre unredlich, wenn Sie, obwohl Sie das nicht wissen, trotzdem diese Fahrverbote durchführen würden. – Danke.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Loose. – Herr Minister, Sie haben die Gelegenheit, zu antworten. Bitte.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Erstens. Es gibt zu wenig Park-and-ride-Parkplätze, gar keine Frage. Deswegen bauen wir sie aus. Aus diesem Grund baut der Bund die Fördermodalitäten im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz deutlich aus. Wir haben schon zu Beginn dieses Jahres die Kommunen zu einer Kommunalkonferenz eingeladen, und sie haben auch geliefert und Projekte benannt, sodass wir da vorankommen.

Man kann doch nicht eine Politik machen nach dem Motto: Weil es heute zu wenig gibt, wollen wir gar keine mehr haben.

(Christian Loose [AfD]: Wir wollen auch mehr! Wir wollen sie ausbauen!)

Deswegen ist das nicht Utopia. Wenn Sie das Utopia nennen, dann springen Sie ganz schön kurz. Sie sollten einen höheren Anspruch an sich selbst und die Politik haben. Das ist nicht Utopia, das ist politisches Handwerk: Projekte identifizieren, Projekte finanzieren und umsetzen. – Das ist nun eigentlich nicht einmal Politik, sondern Verwaltungshandeln. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Wir haben die Messstellen auf ihre rechtmäßige Positionierung hin untersucht, und sie waren völlig in Ordnung. Das ist die Messstellengeschichte. Sie fangen jetzt an, die Hintergrundbelastung aufzudröseln. Am Ende kommen Sie an dem Punkt nicht vorbei, klar Farbe zu bekennen, ob Sie die Grenzwerte für richtig oder für falsch halten.

Sie haben Mediziner in der Fraktion, die wahrscheinlich nicht ganz zufällig jetzt gerade nicht da sind.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Fragen Sie die mal, ob sie die Grenzwerte für richtig oder für falsch halten; denn für den Menschen, den es betrifft, für die Älteren, für die Kinder, die nicht selbst entscheiden können und somit zwangsweise der Luftverschmutzung ausgesetzt sind, ist die Quelle der Emission am Ende völlig egal,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

wenn die Belastung da ist.

Eins muss man doch ganz klar sagen: Mehr Verkehr hat jedenfalls noch nicht zu sauberer Luft geführt. Deswegen ist es richtig, eine solche Politik zu machen,

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

wie wir sie machen – ohne Schaum vor dem Mund und sehr pragmatisch. In dem Sinne, den ich eben schon genannt habe, soll Politik dafür eintreten.

Unsere Mobilitätspolitik tritt dafür ein, dass Mobilität besser, sicherer und sauberer wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Dudas das Wort.

Gordan Dudas (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wenn man den vorliegenden Antrag liest, so hat man das Gefühl, so mancher hier möchte ohne Rücksicht auf Verluste zurück in das letzte Jahrtausend. Ideen von vorgestern, messbare und erlebbare Probleme und Fakten negieren, die Notwendigkeit einer Verkehrswende ignorieren – so könnte man das zusammenfassen, was hier zusammengeschrieben wurde.

Der im vorliegenden Antrag geforderte Rollback zu noch mehr Individualverkehr statt einen guten und von vielen Menschen gewollten Verkehrsmix zu fördern, ist alles andere als zielführend.

Meine Damen, meine Herren, der vorliegende Antrag besticht durch seine ideologische Einseitigkeit. Da waren wir uns hier ja auch alle einig.

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

Fragmentiert werden mehrere Teilbereiche der Verkehrspolitik genommen, durch den Mixer gejagt und zu einem wulstigen Stau unausgegorener Verkehrspolitik vermenget.

(Beifall von den GRÜNEN – Nic Peter Vogel [AfD]: Werden Sie mal konkret! – Zurufe von der AfD)

Herr Kollege Klocke, passend zu der Reichsautobahn fehlt hier nur noch die Forderung nach dem Kübelwagen.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Werden Sie mal konkret! – Weitere Zurufe von der AfD)

So geht keine Verkehrspolitik. So trägt man veränderten Mobilitätsbedürfnissen nicht Rechnung. So ignoriert man ideologisch verblendete Fragen von Gesundheits- und Klimaschutz.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Wenn man Busse und Bahnen so ignoriert wie Sie, dann ist das ein Schlag in das Gesicht aller Menschen, die auf den ÖPNV und den SPNV angewiesen sind, und last, but not least all der Menschen, die sich einen Pkw erst gar nicht leisten können oder es auch nicht wollen.

Wir haben es gerade gehört: Die Erde ist eine Scheibe. Nach Ihrem Antrag, den wir hier gerade diskutiert haben, wundert es mich auch nicht mehr, dass

Frau Storch die Sonne verklagen wollte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dudas. – Jetzt hat das Wort für die AfD-Fraktion Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Ich warte noch auf Ihre Zwischenfrage, Herr Klocke.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Können Sie lange warten!)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verkehr muss fließen. Das ist gut für die Wirtschaft, das ist gut für die Umwelt. Aber nicht nur der Verkehrsfluss ist wichtig, sondern auch ein ausreichender Parkraum. Das gilt für Pendler, aber auch für Handwerker und Gewerbetreibende.

Stellen Sie sich einmal vor, Sie sind Handwerker und fahren morgens mit dem Auto nach Düsseldorf rein zu einem Kunden. Leider wohnt der Kunde so, dass Sie über die Witzelstraße müssen, wo jetzt eine sogenannte Umweltspur eingerichtet ist. Durch den Stau pusten Sie jetzt ordentlich Abgase in die Luft, kommen am Ende 30 Minuten zu spät beim Kunden an. Dort haben Sie das nächste Problem: Sie finden keinen Parkplatz, denn die Parkplätze wurden für einen Radfahrstreifen geopfert.

Genauso ergeht es zahlreichen Mitarbeitern von Paketdienstleistern, die fast nur noch in zweiter Reihe parken können. Und das ist ja seit Ende April noch einmal deutlich teurer geworden. Solche Situationen sind täglicher Wahnsinn in deutschen Großstädten. Freie Fahrt für freie Bürger – das war einmal.

Heute brauchen Sie sogar eine grüne Plakette, wenn Sie in eine deutsche Großstadt wollen. Und das gilt auch für ausländische Fahrzeuge und ausländische Fahrer. So hat es ein belgischer Journalist erlebt, der mich in Bochum interviewt hat. Dort wollte eine Dame vom Ordnungsamt dann 80 Euro von ihm haben, obwohl er einen fast nigelneuen Diesel gefahren hat. Aber er hatte halt keine grüne Plakette.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Dabei bekäme doch nahezu jedes Auto in Deutschland inzwischen die grüne Plakette. Aber was einmal in Deutschland eingeführt wird, wird nicht so schnell wieder abgeschafft. So werden nahezu 100 % der Autofahrer gezwungen, sich eine grüne Plakette zu kaufen, statt dass man die wenigen Autofahrer, die sie nicht mehr bekämen, einfach über eine höhere Kfz-Steuer belastet.

Inzwischen muss ich die Menschen, die nach Bochum reinfahren, auch regelmäßig vor dem Tempo

30 auf der Herner Straße warnen. Da fahren die Menschen von der Autobahn runter mit 100 Sachen und kommen dann auf eine vierspurige Straße. Und dort ist plötzlich 30 km/h angesagt – aus Luftreinhalungsgründen, heißt es so schön. Doch was passiert? Die Anwohner zum Beispiel fahren einfach die Nebenstraße Auf der Markscheide oder Am Gartenkamp und belasten dort die Umwelt.

Aber der Ortsunkundige fährt die Herner Straße entlang, und nach ein paar Hundert Metern steht dort ein Blitzler. Und wenn Sie nicht aufgepasst haben, weil sie ortsunkundig sind, und jetzt mit 53 km/h geblitzt werden, dann haben Sie ab Ende April nach den neuen Regelungen gleich schon Ihren Führerschein verloren.

(Zuruf von der SPD)

– Meine sehr geehrten Damen und Herren, man sieht, dass Sie nicht wissen, was das für eine Herner Straße ist. Auf dieser vierspurigen Straße gibt es kaum Radfahrer, aber Tempo 30.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Beispiele zeigen, dass Ihre Maßnahmen, die Sie zur Bestrafung der Autofahrer eingeführt haben, weder sachgerecht noch angemessen sind. Deshalb werbe ich um Ihre Stimme. Stimmen Sie für unseren Antrag – für einen besseren Verkehrsfluss, für ein harmonisches Miteinander von Auto- und Radfahrverkehr und auch für eine bessere Umwelt. Denn eine grüne Welle schont die Luft deutlich mehr als eine grüne Plakette. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/9377** an den **Verkehrsausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist dafür, dass es so geschieht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

12 Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen (Spielbankgesetz NRW – SpielbG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8796

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses